

(A)		Seite
	Zur Fragestellung:	
	Frenzel	4267 A
	Ablehnung der Wahlkreiseinteilung der Minder-	
	heit und der der Regierung in namentlichen	
	Abstimmungen	4267 BD
	Bertagung der Sitzung	4268 D
	Feststellung der Zeit und der Tagesordnung für	
	die nächste Sitzung	4268 D

Präsident:

Geh. Rat Dr. Mehnert.

Am Ministertische:

Die Herren Staatsminister Dr. von Rüger, Freiherr von Hausen, Dr. Graf von Hohenthal und Bergen und Dr. Beck und die Herren Regierungskommissare Geh. Rat Dr. Wahle, Geh. Regierungsrat Heint, Oberregierungsräte Schlippe und Dr. Würzburger und Regierungsrat Dr. Adolph.

Anwesend 77 Kammermitglieder.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich bitte um Vortrag der Registrande.

(Nr. 1465.) Königl. Dekret vom 29. November 1908, eine Ergänzung des ersten Nachtrags zu dem ordentlichen Staatshaushalts-Etat auf die Finanzperiode (B) 1908/09 betr.

Präsident: Kommt zur allgemeinen Vorberatung auf eine Tagesordnung.

Wir treten in die Tagesordnung ein: „Fortsetzung der Schlußberatung über die Berichte und Anträge zur Wahlrechtsreform.“ (Drucksachen Nr. 549, 550, 552 und 266.)

Berichterstatter Herr Abg. Kühlmorgen, Mitberichterstatter Herr Abg. Hettner.

Wir waren in der Debatte stehen geblieben bei Herrn Abg. Bahner. Herr Abg. Bahner hat das Wort.

Abg. Bahner: Meine Herren! Der Regierungsentwurf ist für mich unannehmbar, aber auch die Vorschläge der Deputation befriedigen mich nicht. Am Regierungsentwurfe bleiben mir alle die Mängel bestehen, die seit nunmehr 1 $\frac{1}{4}$ Jahren vorgebracht sind. Insbesondere halte ich die Körperschaftswahlen für indirekte Wahlen bedenklicher Art. Auch das seit $\frac{3}{4}$ Jahren bearbeitete Kompromiß habe ich nie für ein gutes Wahlgesetz für unser sächsisches Vaterland gehalten. Und es ist auch kein Wunder, daß dabei nicht viel herausgekommen ist, wenn zwei verschiedene Parteien etwas zusammenbrauen. Etwas

Einheitliches kann nur von einer Stelle kommen, und diese eine Stelle war die Regierung. Sowie die Regierung sah, daß ihr Entwurf kein Entgegenkommen fand, so hätte sie, der Meinung bin ich, etwas anderes bringen oder uns nach Hause schicken sollen.

Meine Herren! Ein neues Wahlrecht soll Frieden stiften. Wenn man aber den einen Pluralstimmen gibt, damit die anderen nicht die Mehrheit bekommen, also nicht zur Vertretung gelangen, so führt das nicht zum Frieden, sondern fordert im Gegenteil zum Kampfe heraus. Ich will mich nicht unterfangen zu behaupten, daß man alle Leute befriedigen könnte, aber es gibt doch Wege, die eine gewisse Befriedigung herbeiführen können.

Nach der heftigen Wahldebatte im November 1905 erließ unser Herr Präsident eine Aufforderung an alle Kammermitglieder, Vorschläge zu einem Wahlgesetz einzureichen. Diesem Vorschlage wurde in reichem Maße entsprochen. Es gingen binnen kurzem 28 Vorschläge ein.

So bunt nun die Vorschläge äußerlich ausfahen, so war doch ein einheitlicher Gedanke vielfach darin enthalten, nämlich die Rückkehr zum Wahlgesetz von 1868 mit zwei Änderungen: erstens die Zensus-erhöhung, damit die Kammer nicht durch Sozialdemokraten überschwemmt werden kann; zweitens eine Anzahl besonderer Abgeordneter für diejenigen, denen das Wahlrecht durch den höheren Zensus ab-geschnitten ist. (D)

Die Rückkehr zum Wahlgesetz von 1868 mit den zwei Änderungen stellt nun ohne weiteres ein Zweiklassenwahlrecht dar. Ich sage ausdrücklich: „Zweiklassenwahlrecht“. Es gab bei den Vorschlägen auch eine ganze Reihe, die auf drei und vier Klassen hinausgingen, eine sogar auf fünf Klassen. Gerade von nationalliberaler Seite kamen die Vorschläge auf mehr Klassen, und ich habe es deshalb sehr sonderbar gefunden, daß gerade von nationalliberaler Seite das Zweiklassenwahlrecht bekämpft wird. Die Teilung der Wähler in zwei Klassen ist doch besonders liberal und freiheitlich, sie ist dem allgemeinen gleichen Wahlrechte am nächsten. Eine solche Teilung ist außerordentlich einfach und im Volke verständlich. Meine Herren! Wenn der Reiche, der mäßig Begüterte, der hohe, mittlere und kleine Beamte, der Geistliche, Lehrer, Landwirt, Privatbeamte, Fabrikant und der gute Arbeiter alle in einer einzigen Klasse wählen können, so ist das doch sehr liberal und muß ver-söhnend wirken.